



Eine-Welt-Forum Münster e.V.
Münsteraner Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit

Rundbrief

Februar 2009

Eine - Welt - Forum Münster.e.V.
Breul 43
48143 Münster

Ausblick

„Erlassjahr de.“ hat nicht geschlafen: 10 Jahre nach Köln“
Sr. Ursula-Maria v. Tils msc S. 3

„Finanzkrise als Chance für bürgerschaftliches
Engagement gegen die Klimakrise“
Dr. Reinald Döbel S. 5

„Podiumsgespräch mit Spitzenkandidaten der
Parteien“ S. 8

„Konsum und Verantwortung“: eine Veranstaltungsreihe
des Beirats für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit S. 8

Rückblick

Veranstaltungsreihe „Lernen in der eine Welt“:

„Kampf der Kulturen oder Ethik für die Eine Welt;
Eine Welt, Philosophie und Schule“ Referent: Klaus
Bleckmann, Lehrer für Philosophie, Geschwister-Scholl-
Gesamtschule, Moers S. 9
Dr. Reinald Döbel

„Leben und Lernen im Schatten der Mauer: Friedens-
dienst und Schüleraustausch mit Palästina“
Referenten: Ludwig Stienen u.a. S.12
Hartmut Paul

„Lernen in Schule und Familie in Ruanda und Kongo“
Referenten: Dr. Wolfgang Reinhard und Mario
Kumuena S. 16
Brigitte Thomas

Weiteres:

„Bericht aus einer Behindertenwerkstatt im russischen Pskow“,
ein Projekt der Gemeinde Sankt Sebastian S. 20
Burkhard Schäfer

Solidaritäts-Jubiläums-Konzert : 60 Jahre Allgemeine
Erklärung der Menschenrechte S. 22
Dr. Kajo Schukalla

Ausblick

Erlassjahr.de hat nicht geschlafen: 10 Jahre nach Köln

Mancher von Ihnen erinnert sich noch an die Menschenkette am 19. Juni 1999, die das Bild rund um den Dom in Köln 1999 bestimmte. Ein buntes Treiben vieler Aktiver und Gruppen aus der NGO-Szene waren an den Rhein gekommen, um den Präsidenten der G 7/8 zu zeigen, dass sie sich zum Anwalt der Armen in den Eine-Welt-Ländern machen müssen. Ihre Forderung war, dass die Mitteleinkommensstaaten (HIPCs) einen nachhaltigen Schuldenerlass bekommen. Einiges wurde erreicht, vieles bleibt noch zu tun! Nach 10 Jahren steht durch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Tage eine neue Schuldenkrise ins Haus. In der globalisierten Welt fordern uns neue Probleme wie Krise der Finanzmärkte, wirtschaftliche Rezession, Umweltkrise heraus und bedrohen zum Teil die Existenz der Menschen vor Ort. Die Gefahr ist groß, dass in solchen Stunden der Blick nicht mehr über „den Tellerrand“ hinausgeht. Genau jetzt ruft das Bündnis erlassjahr.de. uns auf, mitzumachen unter dem Motto: „Damit die Armen nicht Schulden zahlen“. Eine Aktionskette soll sich 10 Jahre nach Köln über das Jahr 2009 hinziehen; ein Höhepunkt, wie kann es anders sein, wird Köln sein. Trotz aller Herausforderungen, die wir vor unserer Haustür erfahren, darf der Blick für gerechtere Strukturen in Verantwortung für den Klimaschutz etc. nicht vernebelt werden, sondern es muss das Bewusstsein geschärft werden, dass in der Einen Welt die Menschenrechte nur verwirklicht werden können, wenn Strukturen geschaffen werden, in denen Armut Entwicklung Platz macht, in denen der Nährboden für Gewalt, Terror und Krieg entzogen wird und Bedingungen gelten, in denen der Reichtum der Kulturen und die natürlichen Ressourcen des Landes geschützt bleiben. Die Zeit ist da, die Welt zu sehen, wie sie ist und zu handeln.

Erlassjahr.de hat nicht geschlafen in den vergangenen 10 Jahren, hat das Elend und das Unrecht gegenüber den Benachteiligten gesehen, sich eingemischt bei Treffen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank u.a. In der politischen Arbeit hat es internationale Bündnispartner gefunden und mehr. Mit der Basis sollen im Jahr 2009 die Forderungen nach Einführung eines fairen und transparenten Insolvenzverfahrens endlich auf den Weg gebracht werden. Im Wahljahr soll der Druck noch einmal verstärkt werden, um einer neuen Schuldenkrise, die sich in den Dritte-Welt-Ländern anbahnt, entgegenzutreten zu können. Wir sind aufgerufen, uns erneut zum Anwalt für gerechtere Strukturen zu machen, damit die Armen und Benachteiligten nicht die „Zeche“ der derzeitigen „Weltwirtschaftskrise“ zahlen müssen.

Erlassjahr.de fordert ein faires und transparentes Insolvenzverfahren, in dem Kreditvergabe und Schuldendienst verantwortlich geregelt sind.

Auf unserer Vollversammlung wird der politische Koordinator des Bündnisses erlassjahr.de, Jürgen Kaiser, über die geplanten Aktionen in 2009 informieren und die Weltwirtschaftskrise/Bankenkrise aus der Perspektive des Bündnisses beleuchten und politische Bedingungen hier und in den Drittweltländern aufzeigen. Sich dem Engagement in der Eine-Welt Arbeit zu stellen ist ein guter Schritt und auch im Jahr 2009 sinnvoll und notwendig.

Sr. Ursula-Maria v. Tils, msc
Bündnisrat und Regionalkoordinatorin erlassjahr.de

Das Eine Welt Forum plant im laufenden Jahr, sich an den Aktionen von Erlassjahr allein oder in Kooperation mit anderen Gruppen zu beteiligen. Näheres wird zu gegebener Zeit bekannt gemacht.

Finanzkrise als Chance für bürgerschaftliches Engagement gegen die Klimakrise – Die neue Studie des Wuppertal-Instituts: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt.*

Unter dem Motto ***Wann? Wenn nicht jetzt!*** lud die evangelische Akademie Villigst, in Kooperation mit EED, Brot für die Welt und der Klima-allianz vom 24.-26. Oktober 2008 zum Auftakt der Debatte über die neue Studie des Wuppertal-Instituts ein. Der Zeitpunkt für den Anstoß zur öffentlichen Diskussion von „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ hätte nicht günstiger gewählt sein können, wie Tagungsleiter Pfarrer Klaus Breyer vom Institut für Kirche und Gesellschaft bemerkte: Die gegenwärtige Finanzkrise zwingt uns die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit umso schärfer auf und gibt gleichzeitig Anlass zur Hoffnung, dass die Zeichen der Zeit richtig erkannt werden.

Das Programm stellte mit dem Blick auf die konkrete Praxis den Aspekt des Klimawandels in den Mittelpunkt. Dem Veranstaltungsort einer evangelischen Akademie angemessen, spannten die Referenten den Bogen von grundsätzlichen theologischen Fragen zum Handeln der Kirchen selbst und über die Kirchen hinaus: Die grundsätzliche Übereinstimmung der Erkenntnisse und die Orientierung der Studie mit kirchlichen Positionen macht die evangelischen Kirchen zu einem „natürlichen“ Partner für die Verbreitung der Erkenntnisse der Studie und ihre Handlungsvorschläge – durch Anregung zur Diskussion ebenso wie durch vorbildliches Handeln.

Die Abschlussdiskussion streifte das Zusammenfallen der gegenwärtigen Finanzkrise mit der globalen Gerechtigkeitskrise in Sachen Klimaschutz und Nahrungsmittelpreise nur am Rande – Themen, die die Studie ins Zentrum ihrer Analyse und Vorschläge für ein zukunftsfähiges Deutschland stellt, Themen aber auch, die fest in der christlichen Tradition verankert sind, auch wenn sie lange Zeit vernachlässigt wurden. Wie Wolfgang Sachs in seinem Hauptvortrag betonte: nur eine Annäherung der Lebensstandards im Norden und im Süden kann von allen als gerecht empfunden werden – und ohne ein zufriedenes Gerechtigkeitsempfinden können „wir“ als „Eine Welt“ den Zivilisationswandel zu einer „solaren Solidarökonomie“, die allein die Grundlage einer nachhaltigen planetaren Gemeinschaft sein kann, nicht schaffen. Ein „ressourcenleichter Wohlstand“ bei insgesamt reduziertem Energie- und Stoffdurchsatz, auf einem Niveau unter dem der jetzigen reichen Enklaven, aber weit

über dem der heute armen Regionen – das ist die Vision, die die Studie als mit weitgehend vorhandenen Technologien als erreichbar darstellt. Dazu braucht es die Zusammenarbeit zwischen den Konsumentscheidungen der Vielen für ein materiell genügsameres, dafür aber sozial und persönlich befriedigenderes Leben und eine Politik, die das Primat über die Wirtschaft wieder herstellt und den scheinbaren Zwang zum fortwährenden Wachstum durchbricht.

Am meisten beeindruckt hat mich persönlich das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen der Studie und den Ansichten eines wachsenden Kreises einiger maßgeblicher Kirchenmitglieder und Organisationen wie etwa dem evangelischen Entwicklungsdienst. Diese Übereinstimmung zeigt sich auch an der Hauptvorlage „Globalisierung gestalten“, die als Kernbereiche für kirchliches Engagement Friedenspolitik („Für Recht und Frieden sorgen“), Klimawandel („Die Grundlagen des Lebens erhalten“), Migration „Menschen ein Zuhause geben“ und „Arm und Reich („Alle am Leben teilhaben lassen“ nennt.

In der Abschlussdiskussion wurde deutlich, dass bei allem *grundsätzlichen* Einverständnis mit der Vorgabe der Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit Meinungsdivergenzen über mögliche, realistische und wünschbare Wege bestehen bleiben.

Bürgerforum in Münster: Die allgemeine Motivation und Mitarbeit der Bürger hat mindestens zwei Aspekte, wie das Münsteraner *Bürgerforum* der Arbeitsgemeinschaft Lokale Agenda 21 Münster am 14. November 2008 verdeutlichte. Die Verknüpfung von Klimawandel und schwerer Krise als den beiden Seiten einer Medaille verdeutlichte die Referentin Katja Breyer vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) im Dialog mit Reinald Döbel als Vertreter des Eine-Welt-Forums. Um diese Folgen der allein auf Wachstum gegründeten Weltwirtschaft abzumildern, werden neue Formen des Konsums, Formen einer freiwilligen materiellen Beschränkung in den reichen Ländern unverzichtbar sein. Gleichzeitig bedarf es aber auch eines positiven Engagements für Initiativen und Projekte gegen Umwelterstörung, Hunger und Überbevölkerung sowohl im Süden als auch hier. Auch dazu gab das Bürgerforum im zweiten Teil reichliche Anregungen. Im Hinblick auf die von der Münsteraner Stadtmarketing-Agentur bereits formulierten Zielvorstellungen für die Zukunft Münsters empfahl Frau Breyer, Münster möge sich als Universitätsstadt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft weiter profilieren und seine Politik konsequent danach ausrichten. Viele Studierende wür-

den das, was sie in Münster auf diesem Gebiet lernen, nach dem Studium weiter tragen und so das Bild Münsters als Stadt von Wissenschaft und Lebensart nach außen weiter festigen.

Dass die Forderungen und Empfehlungen der Studie heute schon umsetzbar sind, wurde anschließend in drei Arbeitskreisen anhand von Projekten aus Münster und dem Münsterland vorgeführt. Beispiele wie der faire Handel, Recyclingpapier an Schulen, ethische Geldanlagen und ein in den USA bewährtes Gemeinschaftsvermarktungssystem für Bio- Lebensmittel – das CSA (*Community Supported Agriculture* = gemeindeunterstützte Landwirtschaft)-Projekt des biologischen Betriebs „Gärtnerhof Entrup“ - wurden mit großem Interesse aufgenommen und intensiv diskutiert. Gewünscht wurden Tage der offenen Tür und, als Aufforderung an anwesende PolitikerInnen, weitere autofreie Viertel in Münster. Mut zur Eigeninitiative machte besonders das Projekt des Ökumenischen Eine-Welt-Kreises St. Nikolaus Wolbeck, das Biogasanlagen in Nepal baut: Dank der Eigeninitiative gelang es, zusätzliche Fördermitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) einzuwerben und damit die Aktivitäten in Nepal auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ein besonders interessantes Geschäftsmodell stellte die Genossenschaft *Fairpla.net* vor: Mit dem Gewinn aus dem Bau von Solaranlagen in Deutschland und in Partnerschaft mit Organisationen im Süden werden dann auch dort (subventionierte) Anlagen zur Gewinnung von Solarstrom angelegt. Nähere Informationen über bisherige und geplante Projekte gibt es auf der Webseite der Genossenschaft – die gerne weitere „global players“ aufnimmt: <http://fairpla.net/intro.html>

Fast alle Zuhörer blieben bis zum Ende und folgten gespannt der Abschlussdiskussion. Ihrem Wunsch, noch mehr Mut machende praktische Beispiele kennenzulernen und an ihnen mitwirken zu können, kommt die Arbeitsgemeinschaft Lokale Agenda 21 Münster derzeit mit der Planung weiterer Veranstaltungen zu Themen der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt* nach. Derzeit angedacht ist eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Thema: „Anders leben – die Krise als Chance“. Beiträge und weitere Ideen gerade aus dem Kreis der Eine-Welt-Initiativen und -Gruppen sind herzlich willkommen.

Dr. Reinald Döbel

Podiumsgespräch mit Spitzenkandidaten der Parteien

In Planung ist ein Podiumsgespräch mit den Spitzenkandidaten von SPD, CDU, den Grünen, der Linken und der FDP. Gefragt ist nach ihrer Haltung und ihrem Engagement in der Eine-Welt-Arbeit, wobei diese nochmals eine besondere Relevanz bekommen, weil zwei von den Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren.

„Konsum und Verantwortung“: Eine Veranstaltungsreihe des Beirates für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Wie schon seit vielen Jahren wird sich das Eine-Welt-Forum auch in diesem Jahr an der Veranstaltungsreihe des Beirates für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit einbringen. Die Gruppen des Eine-Welt-Forums können sich mit eigenen Angeboten oder in Kooperation mit anderen einklinken. Wer Interesse hat, erhält weitere Infos beim Beirat für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (Frau Rietkötter). Veranstaltungen müssen bis Ende März an der eben angegebenen Stelle angemeldet werden.

Rückblick

Veranstaltungsreihe „Lernen in der eine Welt“:

„Kampf der Kulturen oder Ethik für die Eine Welt: Eine Welt, Philosophie und Schule“ von Klaus Bleckmann, Lehrer für Philosophie, Geschwister-Scholl-Gesamtschule, Moers

Im Rahmen der Reihe „Lernen in der Eine Welt“ packte Klaus Bleckmann am 3.11.2008 einen bewundernswert umfassenden Überblick über die philosophische Ethik in einen trotzdem klar strukturierten Vortrag. Gleich mit der ersten Folie spannte er - den leider nur wenigen Zuhörern -den Bogen von persönlichem Engagement zu den großen Themen der Philosophie: Sie stelle eigentlich nur die Fragen, die sich jeder selbst auch stellt:

Was gehen mich die anderen an? Warum soll ich etwas tun? Warum soll ich etwas tun? Was habe ich davon? Was habe ich davon?

Ausgehend von der berühmten These Samuel Huntingtons erweiterte Bleckmann das „Ich“ zum „Wir“ – zum „Wir“ der westlichen Industriegesellschaft - und präziserte die „anderen“ als jene vier Fünftel der Weltbevölkerung, die von weniger als einem Fünftel des Welteinkommens leben müssen. Gegen die Huntingtonsche These von der Einheitlichkeit untereinander unvereinbarer „Kulturen“ stellte Bleckmann die überall beobachtete Durchmischung der Kulturen und die von Hans Bühler beschriebene Gemeinsamkeit in der „Tiefenstruktur“ aller Kulturen, die die ebenfalls überall beobachtete interkulturelle Verständigung möglich macht.

Dem trägt die radikale Ethik Peter Singers Rechnung, nach der wir moralisch verpflichtet sind zu helfen, wenn wir das können. Dabei ist es „moralisch irrelevant, ob die Person, der ich helfen kann, zehn Meter von mir entfernt oder 15 000 km

entfernt ist“: Das Verhältnis des reichen Fünftels der Weltbevölkerung zu den armen vier Fünfteln kann nicht freiwilliger Wohltätigkeit anheimgestellt sein, sondern ist eine moralische Pflicht. Dabei kann Singer sich auf Thomas von Aquin berufen, von dem folgender Satz überliefert ist: „Was jemand im Überfluss besitzt, schuldet er, gemäß natürlichem Recht, den Armen für ihren Unterhalt.“

Der Philosoph Thomas Pogge ergänzt: Die extreme globale Armut wird von globalen Strukturen und Regeln *verursacht*, für die „unsere“ Regierungen verantwortlich sind – und damit letztlich „wir“, die Wähler dieser Regierungen. Wir müssen also handeln, schon aus der Pflicht heraus, andere nicht zu schädigen. So wandelt sich der Charakter der „Entwicklungshilfe“ von einer freiwilligen Hilfeleistung zur moralischen Pflicht einer „Entschädigung“.

Solche harten moralischen Pflichten mögen abschreckend wirken. Wir sollten aber spätestens seit Kants 1795 veröffentlichter Schrift „Zum ewigen Frieden“ wissen, dass auch die Reichen nur im Rahmen einer von allen als gerecht empfundenen globalen Rechtsordnung in Frieden leben können. Diese Idee hat auch John Rawls zur Grundlage seines Buches über *Völkerrecht als das Recht der Völker* (1999, dt. 2002) gemacht und deshalb gegenseitige Hilfe als übergreifende Pflicht der „Völker“ postuliert. Zu dieser Pflicht gehört auch das Einschreiten über Grenzen hinweg und zwar dann, wenn eine Regierung ihr eigenes Volk nicht menschenwürdig behandelt. In diesem Fall gibt es nach Rawls – im Gegensatz zum klassischen Souveränitätsprinzip der Nicht-Einmischung – eine Verpflichtung zur Einmischung! Jürgen Habermas spricht konsequenterweise davon, dass eine wahrhaft globalisierte Gesellschaft eine „Weltinnenpolitik“ brauche, die auf den Menschenrechten fußt - mit deren Text Klaus Bleckmanns Vortrag konsequenterweise endete.

Die Idee der „Weltinnenpolitik“ mag vielen utopisch erscheinen, erste Schritte kann jedoch jeder sofort unternehmen: z. B. durch die Unterstützung der „Stiftung Weltethos“, deren Web-

seite im Internet leicht zugänglich ist. Im Zentrum ihrer Arbeit für eine globale Kultur der Gewaltlosigkeit, Solidarität und Ehrfurcht vor allem Leben, für eine gerechte (Welt-) Wirtschaftsordnung und für ein Leben in Wahrhaftigkeit steht jene „goldene Regel“, „die seit Jahrtausenden in vielen religiösen und ethischen Traditionen der Menschheit zu finden ist und die sich bewährt hat: Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg' auch keinem anderen zu.“

Selbst (leidenschaftlicher) Lehrer an einer Gesamtschule, erinnerte Klaus Bleckmann seine Zuhörer zum Abschluss an die Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Förderung der Menschenrechtserziehung an den Schulen von 1980 bzw. 2000. Eigentlich sollte der für die Zuhörer spannende und neue Inhalt dieses Vortrags zum Allgemeinwissen gehören, sieht diese Empfehlung doch vor, den Inhalt der allgemeinen Menschenrechte und den Umgang mit ihnen zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Lehrplans zu machen.

Dr. Reinald Döbel

Leben und Lernen im Schatten der Mauer: Friedensdienst und Schüleraustausch mit Palästina, Gemeindehaus der Jakobuskirche

Ludwig Stienen aus Gütersloh berichtete von den drei Monaten, die er im Herbst 2007 zusammen mit einer internationalen Gruppe von Frauen und Männern an dem jede Bewegung elektronisch registrierenden Sicherheitszaun verbracht hat, der Israel von den besetzten arabischen Palästinensergebieten trennt und das Land durchschneidet.

Kein Frieden im Olivenhain

Einsatzort war einer der Checkpoints an dieser ansonsten undurchlässigen Grenze. In der Nähe des palästinensischen Ortes Tulkarem, wo die Gruppe wohnte, hat das israelische Militär den Zaun willkürlich durch einen Olivenhain gezogen, der den dort ansässigen Bauern gehört. Diese müssen den Checkpoint unter schikanösen Bedingungen passieren, um in ihrem Hain zu arbeiten, berichtete Ludwig Stienen. Aufgabe der Gruppe war es, frühmorgens, wenn die schwer bewaffneten jungen israelischen Soldaten das Tor öffneten, dort präsent zu sein, um den Verkehr und die Abfertigung zu beobachten, wenn nötig, vermittelnd einzugreifen und Gespräche mit beiden Seiten zu führen, sozusagen eine Form der stillen, aber steten Demonstration. Nur 18% der Bauern erhalten überhaupt einen Passierschein für den eigenen Olivenhain. Der Gast aus Gütersloh resümierte: „Nach diesem Vierteljahr bin ich ziemlich pessimistisch wiedergekommen, was die Zukunft der Menschen dort betrifft. Dieser Zaun, diese Mauer schadet nicht nur den Palästinensern, sondern auch Israel.“ Den ungekürzten Film über diese Zeit wird er im Februar 2009 im Jakobus-Gemeindehaus zeigen.

Hoffnung durch Begegnung

Das war die Einstimmung auf den Abend mit der sachlich-trockenen Überschrift „Lernen in Schule und Familie in Palästina“.

Ludwig Stienen war nicht allein aus Gütersloh gekommen. In seiner Begleitung waren Marita Kappler und Gunnar Weykam. Ihre Spezialität ist der Schüleraustausch. Alle drei sind Kollegen der Gütersloher Anne-Frank-Gesamtschule. Das Besondere dieses Lehrer-Trios ist die langjährige Erfahrung als Grenzgänger zwischen Israel und Palästina. Es fing an vor 15 Jahren mit der Suche nach den Spuren von jüdischen Zwangsarbeiterinnen in Gütersloh aus der Endphase der NS-Zeit. Daraus erwachsen Besuche von Überlebenden, der Austausch mit einer Schule in Jerusalem, dann Kontakte mit der Friedensbewegung in Israel. So entstand eine Vision, nämlich die einer Dreiecksbeziehung Gütersloh-Israel-Palästina. Doch diese wurde abgeblockt. So kam es zur lebendigen Partnerschaft mit der ev. luth. „School of Hope“ in Ramallah, der Hauptstadt des zukünftigen Palästinenserstaates, jetzt jenseits der Trennmauer. „Hope, Hoffnung, trotz allem, sie ist notwendig zum Überleben in dem eingeschnürten Land. Die jungen Leute dort fühlen sich verlassen Die Selbstmordattentate sind das radikale Ende der Hoffnungslosigkeit“, sagten die beiden Anne-Frank-Lehrer Kappler und Weykam eindringlich. Es ist befreiend für die Jugendlichen in Ramallah, wenn sie Besuch von außen bekommen und wenn sie sich beim Gegenbesuch in Deutschland frei bewegen können. Um das zu erleichtern, gründeten die engagierten Gütersloher im Jahr 2003 die Stiftung „BEGEGNUNG. Deutsch-Palästinensisches Jugendwerk“. Die Stiftung hilft, an Gelder zu kommen, denn ständig muss die Stiftergemeinschaft - in personam Gunnar Weykam - Finanzen für den teuren Austausch auftreiben.

Münster – eine Traumstadt für junge Palästinenser

Brigitte Thomas ergänzt aus Münsteraner Perspektive: „Die Jugendlichen waren gar nicht wegzukriegen vom Aasee und der Promenade, als sie Münster besuchten. Eine so grüne Stadt hatten sie noch nie gesehen.“ Brigitte Thomas, Klaus-Dieter Mai und der frühere Bürgermeister Fritz Krüger gehören zu den Mitbegründern der Stiftung BEGEGNUNG wie auch zu

dem Projekt Freundschaft-Birzeit-Münster e.V. Mit großer Freude nahmen sie an der Veranstaltung teil.

Bei dem Austausch mit Ramallah ist eines allerdings wichtig: „Wir machen die jungen Leute, die nur ein Zerrbild von Israel im Kopf haben, allerdings auch bekannt mit der ihnen völlig unbekanntem Geschichte des Judentums in Deutschland, einschließlich des Holocaust. Die Bilder aus den Vernichtungslagern haben sie tief erschüttert. Und wenn wir dann mit ihnen nach Amsterdam fahren und das Anne-Frank-Haus besuchen, dann geschieht etwas Erstaunliches: Die palästinensischen Jugendlichen erkennen sich selbst in dem jüdischen Mädchen im Versteck wieder. In Anne Frank finden sie ihr eigenes Eingeschlossensein, ihre eigenen Ängste wieder, wenn sie zu Hause Panzer rollen sehen“, so Marita Kappler.

Auch das also gehört mit zu den ersten zaghaften Schritten zu einer Zukunft für Israel und Palästina und die passieren dann eben nicht in Jerusalem, nicht in Ramallah, sondern in Westfalen. Übrigens gab Marita Kappler bekannt, dass eine weitere Schule in Palästina den Austausch mit einem Gymnasium hier sucht. Mancher Zuhörer wird sich dabei gedacht haben: Warum nicht eine aus Münster?

Deutschland, Israel und Palästina – ein unendlicher Disput

Lange noch kreisten Diskussion und Gespräche um die verfahrenere Situation im Lande, um Zukunft und Frieden, um das abgründig tiefe Thema Deutschland-Israel-Palästina, auch an den einladenden Tischen im Foyer. Dort hatten die Eine-Welt-Aktiven von Jakobus ein Büffet mit arabischen Spezialitäten aufgebaut. Ferner war im Foyer die Publikation des Interviews „Eine andere jüdische Stimme“ mit Dr. Hajo Meyer, das deutsche und palästinensische Jugendliche mit dem Holocaust-Überlebenden geführt hatten, erhältlich wie auch weitere Informationen zum Thema. Erhältlich sind sie auch über das Internet:

Zum Ökumenischen Friedensdienst in Israel und Palästina s. www.eappi.org, zur Stiftung der Gütersloher Anne-Frank-Schule s. www.stiftungbegegnung.de.

Unter www.juedische-stimme.de haben sich europäische Juden zusammengefunden, die sich für einen gerechten Frieden in Nahost einsetzen und sich kritisch abheben von der Politik des Staates Israel. Über einen ökumenischen Friedenseinsatz am Sicherheitszaun berichtet auch in einer der jüngsten UK-Nummern die westfälische Pastorin Rosemarie zur Nieden.

Hartmut Paul

Lernen in Schule und Familie in Ruanda und Kongo: Und trotzdem reich ich Dir die Hand Gemeindehaus der Jakobuskirche

Referenten: Dr. Wolfgang Reinhard und Mario Kumuena

1994 wurden in nur 100 Tagen eine Million Menschen unter den Augen der untätigen Weltöffentlichkeit ermordet.

Dabei wussten alle, dass Ruanda seit der Unabhängigkeit 1962 ein brodelnder Kessel war. Schon 1959 hatten Hutu beim Bahutu-Aufstand mehr als 300.000 Tutsi mit Hilfe der belgischen Kolonialmacht vertrieben.

Im August 1993 unterzeichneten die ruandische Regierung und die RPF ein Friedensabkommen. Das Arusha-Abkommen sah eine von einer UN-Friedenstruppe unterstützte Übergangsregierung vor, an der neben der RPF auch die politische Opposition in Ruanda beteiligt sein sollte. Die Einigung erfolgte unter dem Druck der Regierungen, die Ruanda mit Entwicklungsgeldern unterstützten. Auch deshalb hielt man im UN-Sicherheitsrat eine UN-Friedenstruppe für Ruanda (Unamir) von nur 2.548 Mann für ausreichend – statt der 4.500 Mann, die ihr Kommandeur, der kanadische General Dallaire, gefordert hatte. Der Einsatz der Blauhelme war so nur als „friedenserhaltende“ und nicht als „friedens erzwingende“ Mission definiert. Das schloss den Einsatz militärischer Gewalt aus.

Als Anfang 1994 die große Krise ausbrach, wollte sich außer Frankreich und Belgien niemand engagieren, denn Ruanda war nur eines dieser armen Länder, die noch nicht einmal in den strategischen Überlegungen eine Rolle spielten.

Als im Oktober 1993 der rechtmäßig gewählte Präsident von Burundi, der Hutu Ndadaye, von Tutsi-Soldaten ermordet wurde, spitzte sich die Lage in Ruanda zu.

Kofi Anan untersagte dem ruandischen Offizier General Dallaire das Ausheben der Waffenlager und jegliches Eingreifen.

Der Völkermord begann am 6. April 1994 mit dem Attentat auf das Flugzeug des Präsidenten, bei dem Habyarimana und sein burundischer Amtskollege Ntaryamira ums Leben kamen (die Urheber und Auftraggeber sind bis heute nicht ermittelt). Daraufhin begann eine gezielte Mordkampagne gegen gemäßigtere Hutu-Persönlichkeiten und einfache Tutsi-Bürger, die – obwohl seit Monaten geplant und rigoros durchgeführt – als „Ausdruck des Volkszorns“ über den Tod des Staatsoberhauptes dargestellt wurde.

Während die Müllabfuhr die Leichen einsammelte, während die Killerbanden durch die Stadt zogen und General Dallaire Verstärkung anforderte, ging es den westlichen Staaten vor allem darum, die eigenen Staatsangehörigen zu evakuieren. Deshalb schickten die Franzosen, die Belgier und andere ca. 1.500 Soldaten nach Kenia. Der Operation schlossen sich auch Italiener an, während in Burundi noch 250 US-Ranger bereitstanden. Wären diese Truppen zur Verstärkung der UN-Blauhelme eingerückt, hätten sie ohne Zweifel das Morden in Kigali beenden und einen Waffenstillstand erzwingen können.

Im Stich gelassen wurde die Tutsi-Bevölkerung. Dass dennoch zahlreiche Menschen erfolgreich evakuiert wurden, ist allein dem Mut vieler Blauhelme zu verdanken.

Philippe Gaillard vom Internationalen Roten Kreuz, ein Team von Ärzten ohne Grenzen und General Dallaire hatten schon vorher die Öffentlichkeit über die erschütternden Ereignisse informiert und Hilfe angefordert. Allein in Butare wurden alle Patienten und das ruandische Mitarbeiter-Team von Ärzten ohne Grenzen umgebracht. Als der UN-Menschenrechtskommissar José Ayala Lasso im Mai nach Ruanda reiste, sprach er erstmals öffentlich von „Völkermord“. Als der Völkermord und der Krieg in Ruanda vorüber waren, blieben Tausende von Witwen und Waisen ohne jede Hilfe zurück.

Auch Jean Gakwandi musste um etwa 100 Angehörige trauern. Er selbst überlebte den Genozid mit seiner sechsköpfigen

Familie auf wunderbare Weise. Getroffen von dem Bibelwort Jesaja 40, Vers 1: „Tröstet, tröstet mein Volk!, sagt euer Gott“ folgte Jean Gakwandi seiner Berufung. Er gab seine gut bezahlte Arbeit als Arzt auf und widmete sein Leben dem Dienst an den trostlosen Überlebenden.

Er gründete 1995 Solace Ministries (Trostdienste). Seitdem wächst der Kreis ehrenamtlicher Mitarbeiter vor Ort und im Ausland. Es ist eine staatlich anerkannte NGO.

In der täglichen Arbeit zeigt sich immer wieder, dass die Betroffenen auch 14 Jahre nach dem Völkermord noch traumatisiert sind. Für sie ist zunächst das Zuhören, das für sie da sein, das Trost spenden und die Beratung wichtiger als materielle Hilfen. Dies erfolgt in Einzelgesprächen und Einzelseelsorge, in Kleingruppen, aber auch in großen Treffen, z.B. in Gottesdiensten und Gebetstreffen. Um den Betroffenen über die seelische Betreuung hinaus eine Zukunftsperspektive zu bieten, gibt es umfangreiche Projekte und Hilfsprogramme.

Neben diesen Friedensinitiativen aus der Bevölkerung existiert natürlich auch die der Regierung, die u.a. sofort dafür sorgte, dass es für alle Bürger einheitliche Pässe gab und zwar ohne den Vermerk „Hutu“ oder „Tutsi“, um die Diskriminierung auszuschließen.

In Ruanda sind 110.000 des Völkermordes angeklagte Personen in Gefängnissen inhaftiert, die für 10.000 Insassen gebaut wurden. Die Justiz ist maßlos überfordert. Es würde mehrere hundert Jahre dauern, bis alle Inhaftierten ein Gerichtsverfahren durchlaufen könnten. So hat die Regierung für die Aufarbeitung des Traumas lokale Ortsgerichte eingeführt, in denen von den Ältesten unter Anwesenheit von Angehörigen der Opfer und der Täter, von Familien und Nachbarn Recht gesprochen wird. Für das Ausmaß der Strafe ist die Reue der Täter wichtig. Diese Aufarbeitung hält bis heute an.

Nach dem fesselnden Bericht von Dr. Wolfgang Reinhard von der Universität Kassel berichtete der Kongolese Mario Kumuena aus seiner Heimat. Für ihn sei eine Rückkehr fast unmöglich.

Es ist jetzt eine fremde Welt für ihn. Wenn er dort zu Besuch ist, wird er von seinen Verwandten gebeten, möglichst ruhig zu sein und nichts zu sagen, da er ja wieder nach Deutschland zurückfährt, während sie bleiben.

Kinder werden dort von der Straße aufgegriffen und zu Soldaten ausgebildet. Sie werden u.a. an der Grenze zu Ruanda eingesetzt. Diese Region ist besonders reich an Bodenschätzen, z. B. Coltan, das unter unmenschlichen Bedingungen abgebaut wird und an dem die westliche Welt besonders interessiert ist. Hier bewacht jeder jeden.

Er berichtete aber auch vom Schulsystem, das in den Städten mit Französisch als zweiter Sprache fast europäisch verläuft. Auf dem Land sehe es aber anders aus.

Er beendete seinen Vortrag mit dem Satz, wie traurig es sei, dass der Kongo, der eigentlich ein sehr reiches Land sei, u. a. wegen des Korruptionsproblems zu den ärmsten Ländern gehöre.

Bei einem landestypischen Imbiss aus dem Kongo und aus Ruanda bei angeregter Diskussion ging die Veranstaltung zu Ende.

Brigitte Thomas

Weiteres:

„Bericht aus eine Behindertenwerkstatt im russischen Pskow“: Das Projekt der Sankt Sebastian Gemeinde

Fünf Jahre lang hat die Gemeinde St. Sebastian die erste Behindertenwerkstatt Russlands in Pskow bei St. Petersburg unterstützt. Aufgebaut wurde sie von der „Initiative Pskow“, einer Initiative evangelischer Christen aus dem Rheinland, denen wir uns gern angeschlossen haben. Die „Initiative Pskow“ entstand in den 1990er Jahren aus der Versöhnungsarbeit mit Russland. Die Stadt Pskow wurde im 2. Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht völlig zerstört. 400.000 Tote. Ein Massenmord!

Die Schuld des deutschen Volkes dem russischen gegenüber ist unermesslich groß. Beim Gedenken der Opfer und der Befreiung der Stadt nach 1990 wurde sie - in Anwesenheit einer deutschen Delegation - bekannt und es wurde um Vergebung gebeten. Es wurden Kränze niedergelegt und Reden gehalten. Das Zeichen der Versöhnung, das in die Zukunft weist, kam dann, als die deutsche Gruppe einen orthodoxen Priester kennenlernte, der eine geistig behinderte Tochter hatte. Bei ihm trafen sich auch andere Eltern mit behinderten Kindern. Sie klagten der Gruppe, dass sie ihre Kinder nicht genügend fördern könnten, weil ihnen hierfür die Mittel fehlten. Da entstand die Idee, mit deutscher Hilfe ein heilpädagogisches Zentrum zu bauen. Sie wurde verwirklicht und trägt gute Früchte. Inzwischen sind die Kinder 18 Jahre alt und älter. Sollten sie jetzt in den furchtbaren „Internaten“ (Plattenbauten irgendwo im Wald, wo Menschen mit Behinderungen in Russland auch heute noch dahinvegetieren) verschwinden? Nein!

Deshalb wurden von der „Initiative Pskow“ Wohneinrichtungen und eine Behindertenwerkstatt geschaffen, damit die jungen Erwachsenen menschlich weiterleben können. Ein ganzes Netz an sozialen Einrichtungen wurde geknüpft, so dass

Pskow zur sozialsten Stadt der Russischen Föderation gewählt wurde. Pskow strahlt auf das ganze Land aus.

Uns in St. Sebastian sind die Menschen in Pskow ans Herz gewachsen. Wir wünschen ihnen Frieden und Gottes Segen!

Wie sah unsere Eine-Welt-Arbeit praktisch aus? Im Eine-Welt-Kreis waren wir 10 Leute aller Altersstufen. Auch „Mittelalter“, Männer und Frauen, auch Menschen mit Behinderungen. Wir konnten uns aufeinander verlassen. Alle vier Wochen haben wir nach den Gottesdiensten fair gehandelte Produkte zum Verkauf angeboten (Kaffee, Tee, Kunsthandwerk etc.), aber auch beim Geistmarkt mit dem Eine-Welt-Kreis der Trinitatis-gemeinde und beim Südviertelfest. Der Erlös aus Rabatten, Spenden und Kollekten ging nach Pskow. Wir konnten insgesamt 11.000 Euro überweisen. Viel Geld, wenn man bedenkt, dass z.B. eine Krankenschwester in Russland monatlich 80,00 Euro verdient. Einmal im Jahr haben wir einen besonderen Eine-Welt Tag gestaltet. Dabei sprach das Ehepaar Paskert aus Bottrop von der „Initiative Pskow“ aus eigener Anschauung zu uns über die aktuelle Situation dort. So berichteten sie zuletzt, dass Menschen mit Behinderungen jetzt im Stadtbild zu sehen sind. Sie werden nicht mehr versteckt. Dazu haben wir beigetragen. Darauf sind wir stolz.

Burkhard Schäfer .

Die „Initiative Pskow“ im Rheinland arbeitet weiter. Wer spenden möchte, hier ist die Kontonummer:1013415010, Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank), Duisburg, BLZ 35060190, Empfänger ist die „Initiative Pskow“.

Vielen Dank.

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Solidaritäts-Jubiläums-Konzert in Münster

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sind wirklich ein Grund, auch einmal zu feiern. Dies meinten Menschenrechtsaktivisten und Eine-Welt-Bewegte und organisierten ein Jubiläumskonzert im Landeshaus am Freiherr-vom-Stein-Platz. Am 12.12.2008 kamen ca. hundert Besucher, leider weniger als erwartet, zu der musikalisch hervorragend besetzten Veranstaltung.

Mit karibischem Schwung startete die bunt gewandete Trommelgruppe „Taka Tun“ den Künstlerreigen. Das Duo Contraviento mit Isabel Lipthay und Martin Firkau schloss sich mit menschenrechtspolitischen Liedern insbesondere aus Chile sowie mit eigenen Texten an, sehr nachdenklich stimmenden Liedern. Afrikanische, nordamerikanische und indianische Akzente setzten dann die Liedermacher Pit Budde und Josephine Kronfli, begleitet von Gitarre, Rasseln und Flöten. Höhepunkt und Abschluss bildeten die „Zwillinge und die Blechgang“, die frech und mitreißend die Stimmung sieden ließen.

Grußworte sprachen Dr. Spyros Marinos, Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt, der an die Geschichte der Menschenrechte erinnerte und aktuelle Probleme des Menschenrechtsschutzes in Verbindung mit Migrations- und Flüchtlingsfragen ansprach. Sabine Birken, Landesvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) betonte die zentrale Rolle der UNO für die Weiterentwicklung der Menschenrechte.

Zur Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert und entstand aus der Erfahrung der furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Menschenrechte sollten künftig Grundlage einer internationalen Friedensordnung sein.

Die beauftragte Kommission nahm am 27. Januar 1947 ihre Arbeit auf, am 10. Dezember 1948 wurde die Erklärung von der Generalversammlung verabschiedet. Der Diskussionsprozess fand vor dem Hintergrund der sich damals verschärfenden Ost-West-Konfrontation statt. Die USA, Frankreich, Großbritannien sowie verschiedene Staaten Lateinamerikas betonten in den Verhandlungen die individuellen Grundfreiheiten. Demgegenüber vertraten insbesondere die Sowjetunion und einige andere kommunistische Staaten die Position, die individuellen Freiheiten müssten vor den Pflichten des Individuums gegenüber der Gemeinschaft zurücktreten. Menschenrechte könnten nur in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung umgesetzt werden, im Sozialismus seien sie ohnehin bereits verwirklicht. Konflikte gab es auch mit islamischen Kommissionsmitgliedern bezüglich der Rolle der Frau und der Bedeutung von Familie und Religion.

Bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kann man vier Säulen unterscheiden: die persönlichen Rechte (Art. 3-11), die Rechte des Einzelnen im Verhältnis zu sozialen Gruppen (Art. 12-17), die zivilen Freiheiten und politischen Rechte (Art. 18-21) und schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Rechte (Art. 22-27). Artikel 28 verankert den Anspruch jedes Menschen auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die Rechte und Freiheiten verwirklicht werden können. Grundpflichten des Einzelnen und eine Auslegungsvorschrift sind in den Artikeln 29 und 30 formuliert.

Auch heute, 60 Jahre nach der Verabschiedung der Menschenrechtserklärung und mittlerweile annähernd hundert regionalen und speziellen Menschenrechtskonventionen werden noch immer die Menschenrechte in vielen Teilen der Welt mit Füßen getreten.

Können wir in weiten Teilen der so genannten Dritten Welt selbst unter schwierigsten Bedingungen eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Gruppen registrieren, so lässt sich in

Deutschland - auch in Münster - beobachten, dass zwar die Vielfalt und der Spezialisierungsgrad der Gruppen weiter zunehmen, aber die Basis schmilzt, die Zahl der Aktiven kleiner und zudem älter wird und dies, meinem Eindruck nach, noch schneller als dem demographischer Wandel in Stadt und Land entsprechend. Diesem Trend entgegenzuwirken muss unser aller Anliegen sein, dem Eine-Welt-Forum wird dabei besondere Bedeutung zukommen.

Kajo Schukalla

Mehr dazu finden Sie unter www.gfbv.de

Mitgliedsbeiträge

Um die Funktion des EWFs aufrechtzuerhalten, sind wir dringend auf die Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bitte denken Sie in diesem Jahr daran, Ihren Mitgliedsbeitrag zu überweisen.

Homepage

Die Webseite des EWF hat ein neues Gesicht und lädt Sie zu einem Besuch ein, um zu entdecken, welche Möglichkeiten der Mitarbeit sich anbieten. Sie können z.B. Ihre Veranstaltungen mit auf unseren Veranstaltungskalender setzen oder sich mit Ihrer eigenen Webseite verlinken lassen.

Am 3. März 2009 findet die diesjährige Mitgliederversammlung statt. Wir laden Sie herzlich dazu ein und vielleicht ist ja der eine oder andere unter Ihnen bereit, sich an der Vernetzungsarbeit auf Stadtebene zu beteiligen, um unser Engagement für die Eine Welt auf eine noch effektivere Basis gründen zu können. www.eineweltforum-muenster.de

Der SprecherInnenrat des EWF:

Sr. Ursula-Maria von Tils

Dr. James Pankhurst

Ingrid Sieverding

Dr. Reinald Döbel

Erich Peters

Karlheinz Müller

Brigitte Thomas